

DURCHBLICK

DIE LINKE.
KREISVERBAND BIELEFELD

Sozialistische Zeitung für Bielefeld

Winter 2011/2012

Binnenmarkt stärken, statt europa- weit Sozialkürzungen erpressen

"Wer von den Euro-Staaten eine Sozialkürzung nach der anderen erpresst, zerstört nicht nur den Euro sondern am Ende auch die eigene

Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an. Und der Arme sagte bleich: „Wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich.“
Bertolt Brecht

Wirtschaft", erklärt Sahra Wagenknecht angesichts der Zuspitzung der Krise in Italien und der Abstim-

mung über ein verschärftes Kürzungsprogramm im italienischen Parlament. Die wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter: "Die deutsche Agenda 2010 ist kein Vorbild für andere Euro-Staaten, sondern eine der Ursachen der Euro-Krise. In Deutschland wurde durch Hartz IV, Leiharbeit und Minijobs ein riesiger Niedriglohnsektor geschaffen. In der Folge sind die monatlichen Reallöhne seit 2005 um sieben Prozent gefallen, während sie

überall sonst in der Euro-Zone gestiegen sind. Das deutsche Lohn- und Sozialdumping treibt einen Keil in die Euro-Zone und bringt unsere Nachbarländer in schwere Bedrängnis. Doch statt die deutsche Binnenwirtschaft anzukurbeln, drängt die Bundeskanzlerin darauf, dass der Sozialstaat in den südlichen Euro-Staaten vollends zerstört und die Demokratie dem Diktat der Finanzmärkte und des Internationalen Währungsfonds geopfert wird. Es ist höchste Zeit für die

deutsche Regierung, das Krisenmanagement neu auszurichten: Statt unsere europäischen Nachbarn zu brutalem Sozialabbau zu nötigen, müssen die Löhne und Sozialleistungen in Deutschland steigen und die chronischen Außenhandelsüberschüsse abgebaut werden. Darüber hinaus muss die Diktatur der Finanzmärkte überwunden werden, indem alle privaten Banken in öffentliche Hand überführt werden und alle Euro-Staaten die Möglichkeit erhalten,



Sahra Wagenknecht
stellv. Vorsitzende DIE LINKE
Berlin, 8.11.2011

über eine Bank für öffentliche Anleihen zinsgünstige Kredite bei der EZB aufzunehmen."

Die Diktatur der Finanzmärkte brechen – Demokratie sichern

Occupy-Bewegung unterstützen



29. Oktober: 200 Menschen vor dem Bielefelder Rathaus diskutierten, was zu tun ist.

Ausgehend von den USA gehen in immer mehr Ländern Menschen gegen die Diktatur der Finanzmärkte auf die Straße.

Unter dem Motto „Occupy Bielefeld – wir sind 99 %“ versammelten sich am 29. Oktober 200 Menschen vor dem Bielefelder Rathaus und diskutierten, was zu tun ist.

Die Bielefelder LINKE beteiligt sich und wirbt für eine breite Unterstützung. „Occupy Bielefeld“ solidarisiert sich mit den Menschen überall auf der Welt, um auch in Bielefeld

ein Zeichen zu setzen. Für eine Regulierung der Finanzmärkte, soziale Gerechtigkeit, echte Demokratie, für einen gesellschaftlichen Wandel.

Wir sind die 99 %!
Wir haben das Recht über Alternativen nachzudenken!
Wir empören uns!“

heißt es in einem Aufruf. Empörung allein reicht jedoch nicht aus. Das Verbrechen hat immer einen Namen und eine Adresse, wie der Dichter Bertolt Brecht einmal sagte. Die Verantwortlichen für die

Diktatur der Finanzmärkte und die Verwüstungen auf den Arbeitsmärkten müssen benannt und bekämpft werden.

DIE LINKE Bielefeld fordert alle Bielefelder und Bielefelderinnen auf, sich an den Kundgebungen und Aktionen der Occupy-Bewegung zu beteiligen. Ein offenes Mikrofon auf den Kundgebungen gibt jedem die Möglichkeit, seine Empörung kundzutun.

Hans-Dietmar Hölscher, Zeitungszusteller im Niedriglohnsektor, der dort schon gesprochen hat.

Klotzen, nicht kleckern beim Mindestlohn



Klaus Ernst
Vorsitzender der Partei
DIE LINKE

"Nachdem nun auch in der Union der Widerstand gegen einen flächende-

ckenden gesetzlichen Mindestlohn erlahmt, müssen jetzt Nägel mit Köpfen gemacht werden. Die Kanzlerin sollte noch in diesem Jahr die im Bundestag vertretenen Parteien und die Sozialpartner einladen, um einen parteiübergreifenden Mindestlohnkonsens zu erarbeiten", fordert der Vorsitzende der Partei und Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE, Klaus Ernst.

"Angesichts des sich immer schneller ausbreitenden Niedriglohnssektors ist klar, dass wir beim

Mindestlohn jetzt klotzen müssen und nicht kleckern dürfen." Klaus Ernst weiter:

Wer wie die Union nun ausgerechnet die Leiharbeitstarife zum Vorbild für eine allgemeinverbindliche Lohnuntergrenze nehmen will, würde den Niedriglohnsektor eher zementieren, als dafür zu sorgen, dass die Beschäftigten von ihrer Arbeit würdevoll leben können. Wir dürfen nicht länger zulassen, dass jede dritte Frau und fast jeder zweite Jugendliche unter 25 Jahren in Vollzeitbeschäfti-

gung unterhalb der Niedriglohnschwelle entlohnt werden. Deshalb führt an einem **gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro** je Arbeitsstunde kein Weg vorbei.

"Ein Mindestlohn, der nicht flächendeckend und rechtlich verbindlich für alle gilt, ist kein Mindestlohn."

Sahra Wagenknecht zum Parteitagbeschluss der CDU, 15. 11. 2011

Damit würde zugleich ein starker Impuls für die Binnenkaufkraft gegeben und so die Krisenresistenz der Wirtschaft gestärkt. Zudem könnte endlich die staatliche Subventionierung von Niedriglöhnen durch das Aufstocken auf Hartz IV-Niveau beendet werden, die die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Milliarden kostet. Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn ist das Gebot der Stunde.

Weitere Informationen unter: www.dielinke-bielefeld.de

So lügt die Presse!

Mit dem reißerischen Aufmacher

„Koks! Heroin! Linke will alle Drogen freigeben“

„informierte“ die kostenlose Zeitung OWL am Sonntag am 23. Oktober 2011 ihre Leserinnen über die Ergebnisse des Erfurter Programm-Parteitages der LINKEN.

Das Problem Entkriminalisierung der Drogenkranken wurde verfälscht, damit über zentrale Beschlüsse zum Parteiprogramm nicht berichtet werden musste oder sollte.

Machen Sie sich selbst ein Bild. Die tatsächlich beschlossene Passage zur Drogenpolitik und das gesamte Parteiprogramm finden Sie unter: www.dielinke-bielefeld.de

Neue Westfälische Logistik beendet Briefzustellung

Massenentlassung von PostzustellerInnen

Mit der neoliberalen Öffnung des Briefmarktes für private Postzustellung kam auch bei Zeitungsverlagen Goldgräberstimmung auf.

Das Zeitungszustell-Unternehmen Neue Westfälische Logistik gründete mit zwei anderen Zeitungen die Citipost OWL.

Ohne Tarifverträge, deutlich unter den niedrigsten Tariflöhnen der „gelben Post“ wollte die NW Logistik groß ins Geschäft kommen.

Es wurden Arbeitsverträge (sozialversicherungspflichtig) für 8 Euro Stundenlohn und Arbeit im Stücklohn angeboten.

Aber selbst mit dieser miesen Bezahlung konnte die NW Logistik keine schwarzen Zahlen schreiben. Die gewünschten Mengen wurden nicht erreicht, geschweige die

Qualität der Zustellung der „gelben Post“.

Zum 1. 12. 2011 stieg die NW aus der Postzustellung aus. Fast 80 Kolleginnen und Kollegen verloren ihren Job und wurden arbeitslos.

Während die NW-Postzustellung in ihren letzten Zügen lag und der Betriebsrat einen Sozialplan aushandelte, versuchte schon ein neuer, noch billigerer Anbieter den Marktanteil der NW Logistik zu übernehmen.

Auf Flyern und in Kleinanzeigen warb die „PZS Lage & Westlippe GmbH“ im Zustellgebiet der NW Logistik um neue Arbeitskräfte.

Arbeitsangebot: Lediglich Mini-Jobs und nur 10 Cent für jeden Brief, Zustellung mit eigenem PKW oder Fahrrad!

Vom Niedriglohnsektor (NW Logistik) direkt in

den Hungerlohnsektor (PZS)!

Der eigentliche Skandal: Hinter der neuen Gesellschaft steckt ein Insider der Citipost OWL!

Schon im November stellten in den gleichen Uniformen der Citipost „neue“ und „alte“ Beschäftigte zu unterschiedlichen Löhnen Post zu.

Ein gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 10 Euro hätte diesen miesen Beschäftigungsverhältnissen von vorneherein einen Riegel vorgeschoben.

Postzustellung für private Anbieter würde sich dann nämlich nicht mehr lohnen.

Nähere Informationen unter: www.dielinke-bielefeld.de

Hans-Dietmar Hölscher
Zeitungszusteller und Betriebsrat, NW Logistik

Stadtwerke bald wieder in öffentlicher Hand?

Die Stadtwerke Bielefeld sind für die Bürgerinnen und Bürger lebenswichtig. Sie sorgen für Strom, Wasser, Gas und Fernwärme, betreiben Busse und Bahnen, Hallen- und Freibäder und bieten Telefon- und Internetdienste an.

Vor 10 Jahren haben SPD, CDU, FDP und BfB 49,9 Prozent davon nach Bremen verkauft. Die dortigen Stadtwerke gehörten bereits Energiekonzernen. Seither zogen diese den halben Jahresgewinn aus Bielefeld ab. Als vor

zwei Jahren einer der Multis seine Beteiligung weiterverkaufte, löste er damit ein allgemeines Rückkaufsrecht der Stadt Bielefeld aus. Ohne Gegenstimme beschloss der Rat der Stadt sogleich, diese Chance zu nutzen. Es wird die größte Rückführung in kommunales Eigentum.

Schluss mit der Fremdbestimmung!

Der Verlust der halben Stadtwerke traf Bielefeld hart. Bei Entscheidungen über Investitionen und

Weiterentwicklung bestimmen seitdem fremde Eigentümer mit. Denen ist Bielefeld egal, sie wollen nur unser Geld. Wären sie nicht gebunden, würden sie jeden Verlustausgleich für Bäder und Straßenbahn sofort stoppen. Im Aufsichtsrat verschleppten sie Entscheidungen zur Energiewende und einschlägige Investitionen.

Doch nicht nur das war nachteilig. Seit die Stadtwerke nicht mehr zu 100 Prozent der Stadt gehören, darf der Rat auch

nichts ohne europaweite Ausschreibung an sie vergeben. Die Stadtwerke müssen so europaweit den Billigheimer etwa für Bus- und Straßenbahn unterbieten, sonst muss ihnen der Stadtrat den Öffentlichen Nahverkehr entziehen. Dieser Zwang drückt Löhne und Gehälter. Deshalb ist es gut und richtig, die Stadtwerke zurückzukaufen und bald wieder im Eigentum zu haben.

„Die Führung muss Aufgabe des Stadtwerke-Managements sein. Sonst könnten politische Mehrheiten in jeder Ratssitzung die Ziele verändern.“

Stadtwerke-Geschäftsführer Wolfgang Brinkmann (SPD) auf der Betriebsversammlung der Stadtwerke zur geplanten Stadtwerke-Holding. (NW, 18.11.2011)

Die SPD möchte die Stadtwerke weiter abschotten

Streit gibt es nur noch darüber, wie die Stadtwerke in Zukunft organisiert sein sollen. Die SPD will für die Stadtwerke als Dach eine neue Extra-Holding. Bisher sind die Stadtwerke eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) und unterliegen

damit dem privaten Gesellschaftsrecht. Trotz öffentlichen Eigentums heißt das Beratung und Beschluss hinter verschlossenen Türen. Zeitgleich mit dem Halbverkauf vor 10 Jahren hat der Stadtrat eine zusätzliche GmbH gegründet. In diese Bielefelder Vermögens- und Beteiligungsgesellschaft **BBVG** wurden die Vermögenswerte der Stadt wie Stadthalle, Stadtwerkeanteil, Grundstücke u.a. übertragen. Auch diese GmbH beschließt nichtöffentlich. Wir brauchen in Bielefeld keine weitere undemokratische Abschottung. Öffentliche Kontrolle und Steuerung sind für Belegschaft und Verbraucher wichtig, wenn die Stadtwerke auf Dauer Daseinsvorsorge decken sollen. Deshalb lehnt DIE LINKE jede Extra-Holding für die Stadtwerke ab.



Barbara Schmidt
Fraktionsvorsitzende

Ampel-Koalition beschließt auf Kosten der Kinder



Nach dem Prinzip „Augen zu und durch“ haben SPD, Grüne und FDP in der Ratssitzung am 10. November faktisch die Schließung der Südschule in Brackwede beschlossen.

Ursprünglich sollten sogar sechs Grundschulen geschlossen werden. Das

wurde durch 40.000 Unterschriften der Eltern erfolgreich verhindert. Jetzt sollen „nur“ noch die Vogelruth-Schule und die Südschule zusammen in das Gebäude der Marktschule ziehen.

Darunter leiden müssen vor allem die Kinder aus dem Gebiet der Südschu-

le. Mit der Überquerung des vierspürigen Südringes haben sie künftig einen äußerst gefährlichen Schulweg. Fraglich ist, wie der Schulweg gesichert werden kann. Unter Umständen muss die Stadt sogar Schulbusse einsetzen. Die Kosten und Folgekosten

waren der Ampel egal. Das Hauptschulgebäude der Marktschule muss für Grundschüler umgebaut werden. Noch teurer dürfte der Umbau einer Grundschule zur Hauptschule mit den benötigten Fachräumen werden. SPD, Grüne und FDP haben mit ihrem schulpoli-

tischen Amoklauf Fakten geschaffen, ohne über die Konsequenzen nachzudenken: die Verwaltung soll nachträglich eine Beschluss-Vorlage zur Umsetzung liefern.

Nur wenn die Schüler in ihrem Wohnort zur Schule gehen, lassen sich die sozialen Kontakte und Freundschaften aufrecht erhalten, die wesentlich und prägend für die Entwicklung eines Kindes sind. Mit der konsequenten Einrichtung von sogenannten „Schuleinzugsbereichen“ hätte man steuern können, dass alle Schulklassen einigermaßen gleich groß sind. Anstelle im Schulbereich zu kürzen, muss sogar mehr Geld in die Bildung der Kinder investiert werden.

Onur Ocak

Mitglied im Schul- und Sportausschuss

Gewerbesteuer erhöht, aber unzureichend!

Am 6. Oktober 2011 beschloss der Stadtrat eine längst überfällige Erhöhung der Gewerbesteuer. Nach 18 Jahren war das die erste Anhebung.

DIE LINKE hatte mehrfach gefordert, endlich auch die Gewinne der Bielefelder Gewerbebetriebe zur Finanzierung des Haushaltsloches heranzuziehen. Grundsteuer, Gebühren und Preise für städtische Leistungen

wurden schon seit dem ersten Haushaltssicherungskonzept ab 2003 mehrfach angehoben. Beschlossen wurde jetzt ein sog. Hebesatz von 463 Punkten – ein Minimum, das die Kommunalaufsicht auch anordnen könnte, weil dies dem durchschnittlichen Hebesatz vergleichbarer Städte in NRW entspricht. Die Gewerbebetriebe könnten aber ohne Probleme einen höheren

Hebesatz verkraften. Die Gewerbesteuer wird ausschließlich auf Gewinne von Betrieben gezahlt. „Jeder Hebesatzpunkt bedeutet ungefähr dreihunderttausend Euro mehr in der Stadtkasse“, erläutert

die Fraktionsvorsitzende Barbara Schmidt. „Der Haushalt ist lange nicht ausgeglichen. Sozialleistungen werden gekürzt oder gestrichen. Den Wohlfahrtsverbänden, die für die Stadt einen Großteil

der sozialen Leistungen erbringen, werden seit 2009 die Tarifierhöhungen nicht gezahlt. Es ist dringend nötig, die profitablen Betriebe der Stadt zur Finanzierung heranzuziehen.“

Barbara Schmidt

**Sprechzeiten der Ratsfraktion DIE LINKE
Altes Rathaus · Erdgeschoss · 33597 Bielefeld**

Montag - Donnerstag: 10-16 Uhr · Freitag: 10-14 Uhr

Telefon: (0521) 515080 · Telefax: (0521) 518110

E-Mail: die.linke@bielefeld.de · Internet: www.linksfrakton-bielefeld.de

Grüner Griff nach Sportvereinsgeldern

Turn- und Sportvereine schäumen über einen Handstreich. Die hergebrachte Aufteilung der Landessportpauschale ist plötzlich weg. Bisher ging sie abwechselnd mal an die Sportvereine, mal an die Stadt. 2011 waren die Vereine dran. Aber sie mussten warten.

Eine halbe Million für 3,2 km beleuchtete Joggingbahn?

Ein Halbjahr später erfuhr sie, warum. Die GRÜNEN pochen auf ihren Koalitionsvertrag. Sie bevorzugen vereinslosen Sport und verlangen 3,2 km beleuchtete Laufstrecke um den Obersee. Die

Baukosten wollen sie von der NRW-Sportpauschale für Sportvereine abzwicken, nach Angaben der NW eine halbe Million, rund 57 Prozent vom Landeszuschuss.

Die SPD wird dafür abgestraft

Den Zoff mit 88.000 Sportlern aus gemeinnützigen Sportvereinen kriegt vor allem die SPD ab, die anders als GRÜNE und FDP ab und zu mit Sportvereinen spricht. Ihr zuständiger Ratsherr nennt das Zugeständnis an die GRÜNEN einen „Fehler“. OB Pit Clausen, in Leserbriefen von Sportvereinen gedrängt, „die GRÜNEN rauszuschmeißen“, ver-

bürgt sich panisch, an der bisherigen Aufteilung ändere sich nix. Eine von seinen Finten, denn kurz darauf stimmt seine Ratsmehrheit den Antrag von Onur Ocak (DIE LINKE) nieder, eine beleuchtete Joggingstrecke nicht gegen die Vereine zu finanzieren.

Marathon- und Hermannsläufer will gemeinnützige Töpfe leeren

Klaus Rees 10 Hermanns- und 9 Marathonläufer sind ganz toll und sein Fackellauf mit 80 Leuten um den Obersee war bestimmt eine geile „Wahlkampf-Idee“.

Das grüne Krematorium



Gewässer erfreuen nicht nur Menschen, sie bilden auch die hochwertigsten Biotope. Um sie gedeiht Ufer- und Auenflora und wimmelt bedrohte Arten. In Bielefeld verlangt eine „Umweltpartei“ eine ausgeleuchtete Joggingbahn rund um den einzigen See. Wo doch die Feldforschung zur Lichtverschmutzung zeigt, jede Laterne vernichtet 120 Insekten pro Nacht, in der frostfreien Zeit mithin 36.000. Hundert Streckenleuchten können jährlich 3½ Millionen Schnaken, Eintagsfliegen, Motten, Schwärmer und Käfer (etliche Doppelzentner Lebengewicht) einäschern, noch vor deren Fortpflanzung (der Trieb lockt ins Licht). Schrumpfen werden Artenvielfalt und Hauptnahrung für Lurche, Fische, Vögel, Fledermäuse, Spitzmäuse, Igel, Wiesel und andere. Dafür hoppeln dann ein paar Jogger über die nächtliche Flur.

Dazu schwadronierten die GRÜNEN (Marianne Weiß) von „kostengünstigen“ Lösungen und „Sponsoren“. Hatte er damals schon die Vereine als Zwangssponsoren im Visier? Sollte das Halbmillionenprojekt für die grüne Klientel schon von vornherein von den ohnehin läppischen Landesmitteln (877.000 Euro für 88.000

organisierte Sportler) abgegriffen werden? Wieso kann eine Partei als bloßer Teil einer Ratsmehrheit sich und die Ihren aus fremden Töpfen bedienen wollen?

Nun, auch für die GRÜNEN gilt: „Wer das Kreuz hat, segnet sich selbst zuerst“.

Günter Seib

Linker wirft Grünen „Klientelpolitik“ vor

Diskussion über Vorschlag, den Fußweg um den Obersee zu beleuchten

10.11.2011

■ Bielefeld. Die Bielefelder Politik hat die Leibesbetätigung als neues Wertekampffeld entdeckt. Im Stadtrat wurde über einen Vorschlag der Grünen diskutiert, die den Fußweg um den Obersee als Laufstrecke beleuchten lassen wollen. Die Linke lehnt dies entschieden ab. Gernern beantragte Onur Ocak, der Rat möge eine Finanzierung durch



Inge Schulte, Sprecherin



Onur Ocak, Kreuzeitler des

auch als Marketinginstrument einsetzen.“
„Wir sind nicht gegen die Förderung des unorganisierten Sports“, sagte Onur Ocak. „Wir sind aber dagegen, dass dies auf Kosten der Vereine geschieht.“ Aber er fragte sofort danach: „Ist es der unorganisierte Individualsport oder die Vereinsarbeit, die täglich eine zentrale Funktion in unserer Stadt erfüllt?“ Die Laufstrecke am Obersee be-

Rat lehnt Antrag der LINKEN ab:

Leider keine deutliche Erhöhung der Gewerbesteuer

Auf der Ratssitzung am 21. 7. 2011 lag endlich ein Antrag auf Erhöhung der Gewerbesteuer vor. Leider waren Oberbürgermeister Clausen und seine Ratsmehrheit nur bereit, den Hebesatz „zaghafte“ von 435 auf 463 Punkte zu erhöhen. Ein Antrag der Fraktion DIE LINKE auf eine deutliche Erhöhung von 490 Punkten wurde bei zwei Enthaltungen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ein Antrag zur weiteren Förderung des BAJ wurde auch mit den Stimmen der Linksfraktion einstimmig beschlossen. Insbesondere die bisherige Sanierung des BAJ auf Kosten der Beschäftigten wurde von Barbara Schmidt, Fraktionsvorsitzende der LINKEN, scharf kritisiert. Siehe Hintergrundinformationen im Artikel „BAJ – ...?“ in dieser Zeitung.

Auf der Ratssitzung am 10. November 2011 wurde ein Antrag der Linksfraktion „eine beleuchtete Laufstrecke um den Obersee“ auf keinen Fall aus den Mitteln der Sportpauschale zu finanzieren, von der Ampel-Koalition abgelehnt. Der Beschluss des Schul- und Sportausschusses zur Realisierung dieser „beleuchteten Laufstrecke“ bleibt also bestehen.

Zur doch noch anstehenden Schließung bzw. Zusammenlegung von Grundschulen bekräftigte die Linksfraktion ihre grundsätzliche Haltung, keine Grundschulen in Bielefeld zu schließen. Wir lehnten die Zusammenlegung der Südschule und der Vogelruthschule ab.

Hans-Dietmar Hölscher
Fraktionsgeschäftsführer
DIE LINKE

DIE LINKE. im Rat

Verein BAJ bekommt weiter städtische Mittel

Ausbildungsstätte für benachteiligte Jugendliche gerettet

Erleichtert ist DIE LINKE im Stadtrat über den Ratsbeschluss vom Oktober, der dem Verein BAJ auch in Zukunft finanzielle Unterstützung sichert und die Insolvenz abwendet. Der jetzige Ratsbeschluss korrigiert eine Entscheidung von 2005.

Damals wurde dem Verein der Zuschuss schrittweise dermaßen gekürzt, dass jetzt die Insolvenz drohte. Mit allen Mitteln hatte der Verein versucht, das abzuwenden.

Es geht um über 1300 Jugendliche, für die der Verein Berufsfindung und

Ausbildung organisiert. Die Beschäftigten hatten bereits auf 15 Prozent ihrer Gehälter verzichtet. Barbara Schmidt, Fraktionssprecherin im Rat der Stadt, fordert dagegen die Verwaltung und den Rat auf, die anerkannt gute Arbeit der Beschäftigten auch angemessen mit tariflichen Löhnen und Gehältern zu bezahlen. Der Zuschuss der Stadt Bielefeld muss entsprechend angehoben werden.

Barbara Schmidt
Fraktionsvorsitzende



Etikettenschwindel beim „Sozialticket“

Seit dem 1. Dezember gibt es ein „Sozialticket“. Es kann für einzelne Monate gekauft werden.

Der Preis ist mit 36,40 Euro oder 24,90 Euro pro Monat für das 9-Uhr-Ticket viel zu hoch. Mehr als 15 Euro darf es bei dem niedrigen Hartz-IV-Regelsatz nicht kosten. Für die zusätzlichen Landesgelder erwarten wir von moBiel eine Offenlegung der Kalkulation. Jeder Cent davon muss zur Preissenkung für das

„Sozialticket“ eingesetzt werden.

Warum kann man das „Sozialticket“ nur in der „Ankleide“ in der Werner-Bock Str. 17 kaufen und nicht direkt bei moBiel? Sind arme Menschen Bürger zweiter Klasse? Das ist entwürdigend! Personalaufwand darf kein Argument sein: Mobilität ist ein Grundrecht. Der Nahverkehr wird mit öffentlichen Mitteln gefördert.

Dr. Dirk Schmitz
Ratsmitglied

Jöllennecker CDU hat Angst vor Elternbefragung!

Auf ihrem letzten Bundesparteitag hat sich die CDU für die Abschaffung der Hauptschule ausgesprochen. Im Landtag von NRW haben sich CDU, SPD und Grüne auf einen sog. „Schulkonsens“ verständigt. Zusätzlich zu den bestehenden Schulformen soll es noch die Sekundarschule geben. Dieser Beschluss scheint der Jöllennecker CDU nicht bekannt zu sein. Wie wäre es sonst zu erklären, dass die CDU sogar eine Befragung der Eltern zur Einführung einer Sekundarschule in Jöllennecker ablehnt?

Marcus Kleinkes (CDU): „Wir brauchen eine ergebnisoffene Schulentwicklungsplanung – und sollten nicht jetzt die Eltern befragen, denn dann müssen wir das umsetzen, wofür die Eltern stimmen.“ (NW, 9. 11. 2011) Demokratie ständig im Munde führen, aber wenn es ernst werden könnte, den Willen der Eltern missachten. Ein seltsames Demokratieverständnis der CDU.

DIE LINKE hat keine Angst vor einer Befragung der Eltern. Für uns ist es

selbstverständlich, Eltern an der Schulplanung zu beteiligen und ihre Wünsche zu respektieren.



Max Bolgen
Bezirksvertreter in Jöllennecker

70.000 Euro für Plankultur

Da hat auf Betreiben der GRÜNEN die Ampel-Koalition im Rat durchgesetzt, trotz Nothaushaltes 70.000 Euro nicht etwa für die Kultur, sondern für deren Planung auszuwerfen. Erstaunlich – gebärden sich die GrünRotGelben doch sonst als Obersparkommissare. Aber für eine halbe Bürokratie und für Gutachten wollen sie plötzlich 70 Tausend ausschütten. Klar, ohne planvolle Arbeit einer Halbtagskraft und ohne Gutachten wüssten Bielefelder Theaterleute, Museums- und Bibliotheksverantwortliche sicherlich nicht, was sie tun oder lassen sollen.

So werden wir denn am Ende der Planung besser wissen, für welche Art von Kultur die 70.000 Euro besser ausgegeben worden wären. Nur schade, dass sie dann schon ausge-

geben sind. Aber es freut vielleicht die freie Kulturszene, weil im Gutachten sicher stehen wird, dass sie wichtig, aber leider unterfinanziert ist. Dafür kann die freie Szene sich aber nichts kaufen, denn umgesetzt wird davon in dieser Wahlperiode sicher nichts mehr. Das wiederum freut die GrünRotGelben – denn sie wollen ja keine zusätzlichen Ausgaben und müssten dann woanders kürzen, was Ärger gäbe. Und das wäre vor der Wahl schlecht. Übrigens: Man hätte vor der Entscheidung über die 70.000 Euro auch den (eigentlich zuständigen) Kulturausschuss fragen können.

Florian Straetmanns
sachkundiger Bürger im Kulturausschuss

Wahl & Co. rodet Auenwald für Parkplatz

Die Strothbachaue in Senne ist Geschichte. Die Spedition Wahl & Co. hat das Auenwaldstück mit Kettensägen und Planierraupe platt gemacht.

Noch vor Ablauf der Widerspruchsfrist gegen die Freigabe durch Grünrotgelb im Rat. Die Anwohner wurden nicht gefragt. Deren Vo-

tum wurde durch vollendete Tatsachen vereitelt. Wo nichts mehr ist, kann nichts mehr wachsen, auch kein Widerstand.



Krieg ist keine Berufsperspektive!

Gar nicht begeistert war die Bundeswehr auf der Berufsinformationsbörse am 14./15. Oktober 2011 in den Carl-Severing-Berufskollegs, als wir von der LINKEN mit Flugblättern auftauchten: „Krieg ist keine Berufsperspektive“.

Überwältigend war dagegen der Zuspruch, den wir von Lehrern und Schülern bekamen. „Ich bin total wütend“, sagte uns eine Lehrerin. „Im November sollen wir an unserer Schule Friedens-tage organisieren und heute müssen wir unsere Schüler hier zum Bundeswehrstand schicken.“

Heinz Willemsen

Die GRÜNEN und der Krieg

Früher dagegen, heute dafür

Damals im September 1981: Die NATO will neue Raketen in Europa stationieren. Im Rußheide-Stadion veranstaltet das Panzer-Grenadierbataillon 213 ein öffentliches Rekrutengelöbnis. 4.000 Demonstranten demonstrieren dagegen vor den Stadiontoren, an vorderster Stelle die Bielefelder GRÜNEN, damals noch Bunte Liste. Nur mit Mühe schaffen es die geladenen Gäste ins Stadion. Der Zapfenstreich wird

von einem Pfeifkonzert überönt. In den Tagen danach Katerstimmung im Stadtrat. Nie wieder will man so einen Ärger. Das ist die vorherrschende Stimmung unter den Ratsmitgliedern von SPD und CDU. Die GRÜNEN dagegen feiern den Erfolg der Friedensbewegung. Die Mehrheit im Land will keine neuen Raketen.

30 Jahre später: Am 3. Dezember ist die Friedensbewegung in Bonn

wieder auf der Straße. Seit 10 Jahren führt Deutschland Krieg in Afghanistan. Auf die Bevölkerung kann die Regierung sich dabei nicht stützen. Die große Mehrheit will den sofortigen Abzug der deutschen Soldaten. Im Juni 2011 wird ein Panzergrenadier aus Bielefeld am Hindukusch getötet. Die Bundeswehr sucht händeringend neue Rekruten für den Krieg in Afghanistan. Rein in die Schulen heißt deshalb die

Devise. Dabei hat die Bundeswehr es vor allem auf diejenigen abgesehen, die wenig Aussicht auf einen Ausbildungsplatz haben. Die LINKE spielt da nicht mit. Sie beantragt im Stadtrat, die Schulen nicht für die Propaganda der Bundeswehr zu mißbrauchen. Und die GRÜNEN? Noch vor SPD und CDU bricht der GRÜNE Hartmut Geil im Rat eine Lanze für die Bundeswehr an Bielefelder Schulen und gegen

das Anliegen der Friedensbewegung.

Was treibt die GRÜNEN eigentlich an? Geht es um's Mitregieren, egal wie hoch der Preis ist? Oder sind die GRÜNEN einfach Heuchler? Es sind ja nicht ihre Wähler, die in Afghanistan als Kanonenfutter verheizt werden.

Heinz Willemsen



Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr engagiert sich DIE LINKE. Fahnen der GRÜNEN hingegen sind bei Friedensdemonstrationen rar geworden. Auf ihrem „Bielefelder Kriegsparteitag“ im Mai 1999 stimmten

die GRÜNEN zum Entsetzen der Friedensbewegung den Nato-Luftangriffen auf Jugoslawien zu. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) stand nun ein „olivgrüner“ Außenminister Joschka Fischer verlässlich zur Seite.

Erfolgreiche Gegenwehr bei Hartz IV



Tariflohn statt Ein-Euro-Job

Rechtswidrig sind Ein-Euro-Jobs, die keinen „zusätzlichen“ Charakter haben. Für Arbeitsstunden als Umzugshelfer bei der Stadt muss das Jobcenter Tariflohn erstatten, urteilte das Bundessozialgericht (BSG am 3.4.2011, AZ B 14 98/10). Ein-Euro-Jobber können Lohnerstattung einfordern, indem sie Widerspruch einlegen oder einen Überprüfungsantrag nach § 44 SGB X stellen. Das Jobcenter muss dann falsche

Zuweisungsbescheide aufheben und die Lohndifferenz erstatten. Forderungen ab 2008 verjähren frühestens 2012.

Bruttolohn unter 1058 Euro sittenwidrig

Für Arbeitsgelegenheiten „in der Entgeltvariante“ wird Lohn in Höhe einer durchschnittlichen Sozialleistung gezahlt - also skandalös niedrige Löhne. Weil das Arbeitsrecht für diese „Arbeitsgelegenheiten“ uneingeschränkt gilt, urteilte das Sozialgericht Berlin: Ein Vollzeit-

bruttolohn unter 1058 Euro ist derzeit in Berlin sittenwidrig und kann sanktionsfrei abgelehnt werden (SG Berlin am 19.9.2011, AZ S 55 AS 24521/ 11 ER). Vollzeitlöhne unterhalb des Grundsicherungsniveaus verstoßen gegen das Grundgesetz und gegen Artikel 4 Nr. 1 der Europäischen Sozialcharta. Wer sich wehren will, findet Näheres auf unserer Homepage: www.dielinke-bielefeld.de

Marlis Bußmann

DIE LINKE. Wir lösen die Wirtschaftskrise

Während die Krise die bürgerlichen Ökonomen in Erklärungsnot bringt, präsentierte DIE LINKE schon vor der Krise die Ideen, die jetzt heiß diskutiert werden. Sechs Lösungsansätze für die Weltwirtschaftskrise.

1. Löhne, Renten und Sozialleistungen müssen deutlich und real steigen, damit es steigende Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen gibt. Nur wenn die Kaufkraft der Menschen

in Deutschland, Europa und den USA wieder zunimmt, kann auch die Wirtschaft wieder angekurbelt werden. Wenn alle sparen, dann kommt der Kreislauf zum Stehen.

2. Die Macht der Finanzmärkte und Spekulanten über die Politik muss gebrochen werden. Spekulative Finanzgeschäfte gehören verboten. Die Kreditversorgung der Staaten soll auf eine öffentliche europäische Bank übertragen werden. Die Geldversor-

gung der Bevölkerung und der Realwirtschaft würde durch ein System von Sparkassen und Genossenschaftsbanken gestützt. Diese Banken dürften mit dem Geld der Bevölkerung nicht an den Börsen handeln.

3. Die Profiteure der Krise müssen zur Kasse gebeten werden. Dafür sorgen eine europaweite Vermögensabgabe, eine höhere Einkommensteuer bei den Bestverdienern, eine Bankenabgabe und die gerechte Besteu-

erung von Kapitaleinkünften.

4. Zur Finanzierung der Europäischen Union muss eine Finanztransaktionsteuer auf alle Geldgeschäfte an den Börsen erhoben werden.

5. Wir brauchen gleiche, gerechte Bedingungen für Wirtschaft, Steuern und Sozialpolitik in der gesamten Eurozone. Sonst können sich einige Staaten durch Lohndumping einen Wettbewerbsvorteil sichern

und andere Staaten geraten in den Bankrott.

6. In Europa muss in Infrastruktur, Umwelt und Bildung investiert werden. Nur durch eine Politik des realen Aufschwungs werden auch die derzeitigen Krisenstaaten in der Lage sein, ihre Verschuldung abzubauen.

Quelle:
Fraktion DIE LINKE,
Zeitung KLAR, Nr. 22,
Herbst 2011

Newsletter bestellen!

Liebe Interessierte!

Per E-mail versendet DIE LINKE Bielefeld etwa 5 mal monatlich Rundbriefe und

- informiert über Veranstaltungen,
- leitet interessante Artikel und Links zu wichtigen politischen Themen weiter,
- lädt zur Mitgliederversammlung und zu Arbeitskreisen ein und
- ruft zu Demos und öffentlichen Aktionen auf.

So lernt man die Partei vor Ort kennen und kann bei gemeinsamen Aktionen Kontakt finden.

Haben Sie Interesse? Dann rufen Sie uns an, Telefon: 0521 - 86611
Oder schreiben Sie an info@dielinke-bielefeld.de, Stichwort: „Newsletter bestellen!“

Original sozial – konsequent solidarisch!

TERMINE

Aktuelle Termine bitte im Büro erfragen:

- AK Wirtschafts- u. Sozialpolitik
- AK Hartz IV
- AK Umwelt und Stadtteilgruppe Mitte
- Stadtteilgruppe Schildesche
- Stadtteilgruppe Heepen
- Frauenplenum
- Lese- und Diskussionszirkel zur Arbeiterklasse heute

DIE LINKE Bielefeld ist erreichbar:

Telefon: 0521.86611
info@dielinke-bielefeld.de · www.dielinke-bielefeld.de
Jeden Freitag und Mittwoch von 14 bis 19 Uhr,
offenes Büro in der August-Bebel-Str. 126